

Bernhard Walter

Globale Ernährungsunsicherheit

Hungerbekämpfung ist langfristig nur mit weltweit nachhaltiger Landwirtschaft möglich

Der Hunger nimmt zu in der Welt. Die Menge der Agrarprodukte aber nicht ab. Veränderte Konsumgewohnheiten in den Schwellenländern und die steigende Nachfrage nach Biosprit aus den Industrieländern treiben jedoch die Preise in die Höhe. So bleibt nichts übrig für die Ärmsten. Wir stehen am Scheideweg zwischen einem „Weiter so“ mit katastrophalen sozialen und ökologischen Folgen oder einem Einstieg in die globale Agrarwende.

Die Hungerkrisen in vielen Ländern des Südens und die globale Landwirtschaft sind gerade Top-Themen in den Medien. Dabei ist die Debatte um die Ursachen des Hungers sehr eng mit anderen gesellschaftlichen Debatten um nachhaltigen Lebensstil und vermehrten Zweifeln an der Tragfähigkeit

weit zu sozialen und ökologischen Missständen führen. Es kommt sogar zu schweren Menschenrechtsverletzungen, wenn, wie in Kolumbien, Menschen aus ihren Dörfern vertrieben werden, um dort Ölpalmen anzubauen. Steigende Lebensmittelpreise sind aber nicht nur in den Industriestaaten zu

weltweit rund 80 Prozent der Hungernden und Armen ausmachen. Sie können (noch) nicht demonstrieren, weil sie tagtäglich ums Überleben kämpfen müssen. Die Proteste der städtischen Armen sind vor allem für Staaten mit instabilen und autoritären Regierungen wie ein Pulverfaß, weil diese Bevölkerungsgruppe im Gegensatz zu den Armen auf dem Land politisch nicht übergangen werden kann. Die städtischen Armen protestieren deswegen so heftig gegen existenzgefährdende Lebensmittelpreise, weil sie merken, dass das vermeintlich bessere Leben in der Stadt offensichtlich ein Trugschluss ist.

Viele städtische Arme sind dem Land entflohen, weil sie dort aufgrund der Agrarstruktur und den geringen Erzeugerpreisen kein Auskommen gefunden haben. In der Stadt waren die Lebensmittel vielfach auch für arme Schichten noch bezahlbar, weil der Weltmarkt günstige Produkte aus agrarindustrieller Produktion anbieten konnte. Lange Zeit verbilligten hohe Subventionen reicher OECD-Staaten zusätzlich die Importe. Damit konnte die einheimische Landwirtschaft in vielen Entwicklungsländern, die häufig auch noch unter ungünstigen ökologischen, klimatischen und volkswirtschaftlichen Bedingungen wirtschaften muss, nicht mithalten. Ein Exodus aus dem ländlichen Raum setzte ein.

Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die neoliberale Agrar- und Handelspolitik von IWF, Weltbank und WTO: Die Entwicklungsländer sollten ihre Märkte öffnen, sich zunehmend auch mit Grundnahrungsmitteln über den Weltmarkt versorgen und auf konkurrenz- und exportfähige, höherpreisige Agrarprodukte konzentrieren. Jedoch schotteten weiterhin viele OECD-Staaten ihre Märkte so gut es ging ab, sodass die zugesagten Einnahmen aus dem Agrarexport für die Entwicklungsländer ausblieben. Gleichzeitig wurden die finanziellen Zuwendungen für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern von internationaler und nationaler Seite drastisch reduziert. Die nötige Infrastruktur blieb aus und der Zugang zu den nationalen und internationalen Märkten war, wenn überhaupt, nur mit hohen Kosten zu erreichen. Die Folge: Der Selbstversorgungsgrad mit einheimischen Lebensmitteln sank in vielen Ländern dramatisch ab.



Familienlandwirtschaft in Äthiopien. Durch Bewässerung sind deutliche Ertragssteigerungen möglich

Foto: Christoph Püschner/Brot für die Welt

unseres Wirtschaftssystems verbunden. In Deutschland und den anderen Industriestaaten sind in den vergangenen zwölf Monaten zum ersten Mal seit langem die Lebensmittelpreise wieder deutlich gestiegen. Die VerbraucherInnen spüren, dass die Zeiten günstiger Versorgung mit Nahrungsmitteln und Energie wohl endgültig vorbei sind. Vor allem mitbedingt durch den Klimawandel wird deutlich, dass unser Lebensstil zu günstigen Konditionen auf Kosten anderer an seine Grenzen stößt.

Die Erfahrungen mit Biosprit zeigen symptomatisch, dass unsere Antworten auf Klimawandel und Rohstoffknappheit welt-

verzeichnen, sondern vor allem in vielen Städten und Regionen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Dort geht es um die Existenz der Menschen und es kommt zu Unruhen, Demonstrationen und zu Toten. In Haiti haben diese Hungeraufstände sogar zu einem Regierungssturz geführt.

Hunger vor allem auf dem Land

Betrachtet man die Situation in den ärmeren Ländern genauer, so fällt auf, dass vor allem die städtischen Armen protestieren und nicht die Armen auf dem Lande, obwohl sie

Landwirtschaft global – ein Glossar

Agrar-Wertschöpfungskette

International agierende Konzerne versuchen seit den 1970er Jahren, die Agrar-Wertschöpfungskette so weit wie möglich in ihre Hand zu bekommen. Dies geht von Agrochemie- und Saatgutkonzernen (Monsanto, Du Pont, Syngenta, Bayer, Dow, BASF) über verarbeitende Industrie und Händler (Cargill, ADM, Tyson, LouisDreyfus, Bunge), die weiterverarbeitende Nahrungsmittelindustrie (Nestlé, Kraft Foods, Unilever, PepsiCo, ADM) bis hin zum Einzelhandel (Wal-Mart, Carrefour, Metro, Tesco, Aldi, Lidl). Die starke Konzentration in allen Teilen der Agrar-Wertschöpfungskette, die den Weltagrarmarkt de facto zu einem oligopolistischen Markt gemacht hat, bringt für ProduzentInnen und VerbraucherInnen viele Nachteile.

Bodenspekulation

Im Osten Deutschlands hat die bundeseigene „Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft“ nach der Wende tausende Hektar Land an Biobauern verpachtet. Nach dem Auslaufen der Pachtverträge in diesem und im nächsten Jahr sollen die Anbauflächen verkauft werden. Doch die Biobauern können die zuletzt enorm gestiegenen Bodenpreise nicht bezahlen, ein herber Rückschlag für die Ökolandwirtschaft droht. Grund für die hohen Preise sind die vermehrte Nachfrage nach Land für die Produktion von Agrokraftstoffen und Biogas sowie der neue Trend zur Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen.

EZ-Gelder gesunken

Vor 25 Jahren wurden noch 17 Prozent der Entwicklungshilfe der OECD-Staaten für die Landwirtschaft ausgegeben. 2007 waren es weniger als 4 Prozent.

Filz statt Kontrolle

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ist in Deutschland unter anderem für die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen zuständig. Seinem Kontrollauftrag kann die Behörde (genauso wie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit – EFSA) allerdings nicht nachkommen, da wichtige Mitarbeiter ausgewiesene Gentechbefürworter sind und sich als Lobbyisten für die grüne Gentechnik und damit die Interessen der Gentechnik-Konzerne engagieren. Zu diesem Schluss kommt eine von der Grünen

Bundestagsabgeordneten Ulrike Höfken in Auftrag gegebene Studie.

Hunger

Hunger ist nichts Neues: Schon 1990 betrug die Zahl der Hungernden 822 Millionen, 2006 waren es 854 Millionen. Täglich verhungern 30.000 Menschen, obwohl es genug Nahrungsmittel für alle gäbe. Doch angesichts der Preisexplosion für Agrarprodukte spricht das Welternährungsprogramm der UNO nun von einem „neuen Zeitalter des Hungers“. Es schätzt, dass jetzt 100 Millionen Menschen mehr hungern, darunter sogar Teile der städtischen Mittelklasse in Ländern wie Mexiko und Indonesien.

Intransparente Subventionen

Über 40 Milliarden Euro Steuermittel fließen jährlich in die europäische Landwirtschaftspolitik. Sechs Milliarden davon bekommt die deutsche Agrarwirtschaft an Subventionen. Doch wer profitiert eigentlich davon? Genaues weiß man nicht, denn in Deutschland gibt es bisher kaum Informationen dazu. 2006 haben sich rund 30 Organisationen in der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ zusammengeschlossen und fordern die Offenlegung des Subventionsdickichts und eine Bindung der Prämien an soziale und ökologische Kriterien. Auf Druck der Transparenzinitiative veröffentlichten im Laufe des Jahres 2007 drei Bundesländer erstmalig Zahlen zu den Subventionsempfängern. Diese bestätigen alle Befürchtungen: Insbesondere einige Konzerne und wenige Großverdiener profitieren von den Subventionen. Die bäuerliche Landwirtschaft, die nachhaltiger produziert und viele Menschen beschäftigt, wird benachteiligt. Mehr Informationen unter: www.wer-profitiert.de.

Menschenrechtsverletzungen

Der Agrospritboom führt zu vielfältigen Menschenrechtsverletzungen. Für Lateinamerika weist dies eine neue Studie von Brot für die Welt und FDCL detailliert nach. So hat etwa in Kolumbien der Palmölanbau die prekäre Menschenrechtslage weiter verschärft. Kleinbauern sind gewaltsam von mehr als fünf Millionen Hektar Land vertrieben worden. In Brasilien wurden allein 2007 rund 3.000 Sklavenarbeiter von Zuckerrohrplantagen befreit. Zudem kommt es zu massiven Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung. Download der Studie unter: www.fdcl-berlin.de.

Spekulation mit Nahrungsmitteln

„Nutzen Sie aktiv die Wertschwankungen auf den Agrarmärkten. Bleiben Sie nicht auf dem Zaun sitzen. Informieren Sie sich.“ Diesen E-Mail-Text verschickte die auf Agrarhandel spezialisierte französische Beratungsfirma Financeagri im Herbst 2007 an ihre Kunden. Ursprünglich waren Terminmärkte für Agrarprodukte nur dazu gedacht, die Risiken von Preisschwankungen abzusichern. Doch wegen der steigenden Verwendung von Agrarerzeugnissen für Biosprit, der größeren Nachfrage der Schwellenländer und den Unwägbarkeiten des Klimawandels sind immer mehr professionelle Spekulanten ins Geschäft mit Getreide, Mais und Reis eingestiegen. Die Banken bieten nun ihren Kunden Aktienpakete an, mit denen sie auf steigende Rohstoffpreise für Lebensmittel und für Agrosprit wetten können. Das treibt die Preise in die Höhe. So ist etwa der Weizenpreis auf dem US-Terminmarkt in den vergangenen zwölf Monaten um 130 Prozent gestiegen. Für arme Menschen werden Grundnahrungsmittel so unerschwinglich, Ernährungssicherheit schwindet. Gewinne auf Kosten des Hungers.

Tod auf Syngenta-Feld

Bei einer symbolischen Landbesetzung im brasilianischen Dorf Santa Teresa do Oeste, Bundesstaat Paraná, wurde am 21. Oktober 2007 der Aktivist Valmir Mota de Oliveira gezielt ermordet. Täter waren Angestellte einer „Sicherheitsfirma“, welche der Schweizer Agrarkonzern Syngenta zur Bewachung eines Gentech-Versuchsgeländes angeheuert hatte. Mota war 34 Jahre alt, Vater dreier Kinder und Aktivist der brasilianischen Landlosenbewegung MST. Die Mitglieder des MST hatten versucht, das Land von Syngenta zu besetzen, weil sie befürchteten, ihre eigene lokale Saatgutproduktion könnte durch genmanipulierte Pollen verseucht werden.

US-Stiftungen und die „Grüne Revolution“

Schon bei der ersten „Grünen Revolution“ in den 1960er und 70er Jahren mischte die US-amerikanische Rockefeller-Stiftung kräftig mit, um in Asien und Afrika ein Agrarmodell durchzusetzen, das den großen, häufig US-amerikanischen Agrarkonzernen neue Absatzmärkte für Saatgut und andere landwirtschaftliche Inputs bescherte. Auch bei der neuen „Allianz für eine grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) sind große Stiftungen zentrale Akteure. Wichtiger noch als die Rockefeller-Stiftung ist diesmal die mit über 37 Milliarden US-Dollar Kapital inzwischen

weltgrößte Stiftung des Microsoft Gründers Bill Gates. Um erst gar keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, wo deren Interessen liegen, hat die Gates-Stiftung Robert Horsch, den Vize-Chef von Monsanto, des Weltmarktführers bei gentechnisch verändertem Saatgut, in sein Agrarteam berufen. In der Tat: Auf dem afrikanischen Kontinent hat Monsanto noch einigen Aufholbedarf. Außer in Südafrika spielt gentechnisch verändertes Saatgut bis heute fast keine Rolle.

Weltagrarbericht

„Business as usual ist nicht mehr länger eine Option“ heißt es in der Zusammenfassung des im April dieses Jahres vorgelegten Weltagrarberichts der UNESCO. Er wurde von 400 Wissenschaftlern und Regierungsvertretern erstellt, um eine zukunftsfähige Agrarentwicklung auf der Welt zu bewerten. Der von 60 Staaten unterzeichnete Abschlussbericht ist das Ergebnis eines dreijährigen zwischenstaatlichen Prozesses. Das Besondere: Das Plädoyer von offizieller Seite deckt sich mit den langjährigen Forderungen zahlreicher Kleinbauernverbände und Entwicklungsorganisationen. Statt einer Fortführung der Massenproduktion plädiert der Bericht für eine „multi-funktionale“ Landwirtschaft, die einen ausreichend hohen Produktionsausstoß mit dem Schutz von Wasser, Boden, Wäldern und der Artenvielfalt vereint. Vor allem aber: Landwirtschaftliche Kleinproduzenten sollten gefördert werden.

Wendehälse

Sie lassen sich nicht nur nach 1989 in Ostdeutschland finden: Wendehälse. Auch bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) scheint eine akute Amnesie in Bezug auf die eigenen Politiken der vergangenen zwei Jahrzehnte eingesetzt zu haben. So haben beide Institutionen durch die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme, die sie vielen Entwicklungsländern aufzwingen, wesentlich zu den aktuellen Hungerkrisen beigetragen. Die vorgeschriebene Senkung von Zöllen und die Produktion für den Weltmarkt haben die heimische Nahrungserzeugung drastisch zurückgehen lassen. Nun macht die Weltbank den Agrospritboom für den weltweit wachsenden Hunger verantwortlich, weigert sich aber die eigenen Fehler der Vergangenheit anzuerkennen. Selbstkritik? Fehlanzeige!

Zusammengestellt von **Armin Massing** und **Michael Krämer**.

Gründe für Nahrungsknappheit

Die zurzeit herrschende Hungerkrise in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern zeigt deutlich, dass dieses System der Versorgung mit Lebensmitteln über den Weltmarkt bei gleichzeitiger Vernachlässigung des einheimischen Agrarsektors nur dann funktioniert, wenn weltweit genügend Nahrungsmittel zu niedrigen Preisen zur Verfügung stehen. Jedoch ist für die kommenden Jahre weiterhin zu erwarten, dass tendenziell die Nachfrage nach Agrarprodukten das Angebot übersteigen wird. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

- Die Klimaerwärmung führt zu mehr Ernährungsunsicherheit, da die Nahrungsmittelherzeugung risikobehafteter wird und die Anpassungsstrategien der Landwirtschaft an die Folgen des Klimawandels noch zu entwickeln sind. Mehr Ernährungsunsicherheit trifft zuerst und vor allem die Länder des Südens, die durch die Folgen des Klimawandels stärker betroffen sind als die Industrieländer, die hauptverantwortlich für die Treibhausgasemissionen sind. Durch die Folgen des Klimawandels werden die Reduzierung der Armut und des Hungers (Millenniumsziel Nr. 1) gerade im ländlichen Raum der Entwicklungsländer noch schwieriger werden.
- Die ökologischen Auswirkungen der vermehrten Abholzung sowie Inanspruchnahme sensibler Naturflächen und der Intensivierung des Anbaus auf Agrarflächen bedrohen langfristig die Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelherzeugung. Auch die Verfügbarkeit von Wasser für die Agrarerzeugung und für die intensive Bewässerungslandwirtschaft wird zum begrenzenden Faktor. Ebenso werden in vielen Ländern fruchtbare Anbauflächen für Industrie und Siedlungsflächen genutzt und somit der Agrarproduktion entzogen. Dies gilt vor allem für die intensiv genutzten und dicht besiedelten Küsten- und Flussgebiete in Asien. Hier wird die landwirtschaftliche Erzeugung auf den verbleibenden Flächen zusätzlich durch ansteigenden Meeresspiegel oder mehr Überschwemmungen durch Gletscherwasser bedroht.
- Dem steht ein enormer Nachfragezuwachs nach Agrarprodukten gegenüber. Neben dem Bevölkerungswachstum ist dafür hauptsächlich die steigende Nachfrage reicher werdender Bevölkerungsschichten aus Schwellen- und Entwicklungsländern nach veredelten tierischen Erzeugnissen verantwortlich. Dazu kommt die Nachfrage aus den Industrieländern nach Agrotreibstoffen, um ihre Energieversorgung weiterhin zu akzeptablen Preisen zu sichern. Dies führt dazu, dass immer mehr Flächen entwe-

der für den Anbau von Futtermitteln oder für Agrosprit genutzt werden.

Insgesamt kommt es dadurch zu einer enormen Verknappung des Angebots an Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Reis und Mais und hohen Agrarpreisen. Am stärksten trifft diese Preiserhöhung die Armen ohne Kaufkraft und ländliche Bevölkerungsschichten mit geringen oder keinen Produktionsmöglichkeiten.

Armutsbekämpfung auf dem Papier

Welche Lösungsmöglichkeiten werden angeboten, um aus diesem Dilemma herauszukommen? Zumindest in einer Hinsicht besteht Konsens zwischen Zivilgesellschaft und internationaler Gebergemeinschaft: Es ist von elementarer Bedeutung, für Hunger- und Armutsreduzierung mehr Ressourcen sowie mehr Aufmerksamkeit für den ländlichen Raum in den Entwicklungsländern bereitzustellen. Die Vorschläge, wie dies erreicht werden kann, könnten nicht unterschiedlicher sein.

Die großen Agrarexportnationen, die Mehrzahl der internationalen Gebergemeinschaft, die UNO, Weltbank, IWF und die WTO stellen die Armen und die Armutsreduzierung zumindest rhetorisch in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen. Es ist aber anzuzweifeln, ob die vorgeschlagenen Politiken, wie sie sich etwa im Weltbankbericht zur ländlichen Entwicklung vom Oktober 2007 manifestieren, einer Orientierung auf Armutsreduzierung gerecht werden. So wird weiterhin auf eine kapitalintensive Landwirtschaft mit Gensaatgut und Bewässerungslandwirtschaft unter möglichst liberalen Marktbedingungen und auf einen verstärkten Staat gesetzt („Neue Grüne Revolution“). Auch internationale Regelwerke, wie sie beispielsweise in der WTO verankert sind, lassen eine Armutsorientierung weiterhin vermissen.

Dieser Politikset zielt insgesamt darauf ab, dass weltweit eine geringe Zahl von leistungsfähigen bäuerlichen Betrieben den Großteil der Agrarerzeugung stemmt. Bevölkerungsgruppen, die diese Entwicklung nicht mitgehen können, sollen in die Städte abwandern, dort Arbeit finden oder mit Sozialleistungen durch den Staat versorgt werden.

Radikale Reform notwendig

Erhebliche Kratzer erhielt dieses Credo jedoch aus den eigenen Reihen. Im Auftrag der Weltbank und der UN-Welternährungsorganisation FAO erarbeiteten rund 400 Experten in den vergangenen zwei Jahren

den Weltagrarrbericht zur Lage der globalen Landwirtschaft, der im April 2008 vorgelegt wurde. Angesichts der aktuellen Nahrungsmittelkrise fordert der Bericht eine radikale Reform der globalen Landwirtschaft und die Stärkung nachhaltiger Produktionsverfahren. Die industrielle Landwirtschaft mit hohem Energie- und Chemikalieneinsatz sei nicht mehr zeitgemäß; statt hoher Produktivität und Monokulturen sollte ein stärkeres

stärkeren Fokussierung auf kleinbäuerliche Anbaumethoden. Dieser Ansatz des Weltagrarrats deckt sich weitgehend mit den Forderungen der Zivilgesellschaft aus Nord und Süd, für die schon seit langem die gleichen Inhalte im Zentrum stehen: Vorrang der marginalisierten Armutgruppen; Einhaltung des Rechts auf Nahrung; nachhaltige, standortgerechte Landwirtschaft und Markt- und Handelsbedingungen, die Ar-

Auch damals wurde schon das Ende der industriellen Agrarproduktion verkündet und ein Umsteuern angemahnt. Die darauf folgenden Gammelfleischskandale und die Vogelgrippe waren weitere deutliche Symptome, dass der Patient „industrielle Agrarproduktion“ mehr und mehr krank ist.

Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich jedoch, dass selbst unter der Ägide der politischen Protagonisten dieser ersten Agrarwende (Rot-Grün) die wichtigsten Ziele in Deutschland nicht erreicht wurden. Vor allem der Zeitplan erwies sich als zu ambitioniert. Unter der großen Koalition kann man sogar von einem *roll-back* sprechen: Viele eingeleitete positive Maßnahmen wurden wieder aufgehoben oder erst gar nicht verwirklicht, wie bei der Gentechnikgesetzgebung deutlich wurde.

Seinerzeit wurde auch eine weltweite Agrarwende für mehr Ernährungssicherheit von vielen Nichtregierungsorganisationen eingeklagt. Aber auch auf globaler Ebene waren die Ergebnisse eher ernüchternd. Dies drückt sich sehr deutlich darin aus, dass die Zahl der Hungernden entgegen allen Beteuerungen der internationalen Gemeinschaft sogar auf 854 Millionen gestiegen ist.

Solidarität gegen Partikular- und Profitinteressen

Einen Kurswechsel zu erreichen ist nicht einfach. Die globale und nationale Agrar- und Ernährungsbranche, die für die konventionelle Landwirtschaft steht, ist politisch sehr mächtig und weiß ihre Interessen durchzusetzen. Ein sozial- und umweltverträglicher Systemwechsel im Agrarbereich braucht daher einen langen Atem, ein starkes politisches Auftreten der Zivilgesellschaft, Partizipation und Empowerment von Bauern, Bäuerinnen und VerbraucherInnen sowie den Dialog mit Wirtschaft und Politik. Rückschläge wird es immer wieder geben.

Jedoch zeigen die Erfahrungen der Partner von „Brot für die Welt“ und anderer Entwicklungs- und Bauernorganisationen deutlich, dass mit nachhaltiger Landwirtschaft eine effektive Hungerbekämpfung möglich ist, zumindest lokal und regional. Um dies aber auch im größeren Maßstab als bisher durchzusetzen, ist es notwendig, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Grundvoraussetzung ist die Solidarität zwischen Zivilgesellschaft in Nord und Süd. Nur dadurch kann ein starkes Gegengewicht gegen die Interessen der Profiteure des bisherigen Agrar- und Landwirtschaftsmodells aufgebaut werden

Bernhard Walter ist Referent für Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Umwelt bei „Brot für die Welt“.



Ohne Rücksicht auf Mensch und Umwelt: Pestizideinsatz in Mexiko

Foto: Smiley N. Pool/Greenpeace

Gewicht auf ökologische und soziale Aspekte gelegt werden. Nur so könnten die Herausforderungen der steigenden Preise, des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels bewältigt werden. Mit der bisherigen Strategie lasse sich der Hunger in weiten Teilen der Welt nicht bekämpfen, es drohen weitere Hungerkrisen und soziale Instabilität.

Lösungsansätze für die Nahrungsmittelknappheit lägen hingegen in der Einbeziehung indigenen und lokalen Wissens, der Stärkung von Frauen, die hauptsächlich in der Landwirtschaft arbeiten, sowie einer

Armutgruppen nicht noch weiter an den Rand drängen; ergo ein kohärenter Ansatz von Entwicklung, Armutsreduzierung und nachhaltiger Ernährungssicherung.

Roll-back in Deutschland

Ist die Zeit reif für eine globale Agrarwende und eine effektive Hungerbekämpfung, so wie sie schon jahrelang von Umwelt-, Entwicklungs- und Bauernorganisationen gefordert wird? Die Erfahrungen der ersten sogenannten Agrarwende nach der BSE-Krise im Jahr 2001 machen da leider skeptisch.